

Drucksache Nr. 179/2019

Dokumentart: Beschlussvorlage
öffentlich

23.05.2019 / ÖA-js

Fachbereich, Stabsstelle, Eigenbetrieb	Stabsstelle
Fachdienst	Öffentlichkeitsarbeit/Stadtarchiv
Sachbearbeiter/in	Jochen Schaab

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat der Stadt Kelsterbach	04.06.2019	beschließend
Ausschuss für Bauen, Planung und Umweltschutz	17.06.2019	beschließend
Haupt - und Finanzausschuss	19.06.2019	beschließend
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kelsterbach	24.06.2019	beschließend

Betreff:

Antrag der Wählerinitiative Kelsterbach zum Haushalt 2019 v. 30.11.2018
„Investition für ein Schadstoffmessnetzwerk einbringen“.

Beschlussvorschlag:

Der unter „Sachdarstellung“ angeführte Zwischenbericht „Ultrafeinstaub-Partikel (UFP)“ wird zur Kenntnis genommen

Sachdarstellung:

Zwischenbericht „Ultrafeinstaub-Partikel (UFP)“

Der Koalitionsvertrag für die aktuelle 20. Legislaturperiode des Landes Hessen hat die Ultrafeinstaub-Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger insbesondere im Umfeld des Frankfurter Flughafens als Handlungsfeld identifiziert. Dies erfolgte im Kontext von Messungen des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG), die diese oberste hessische Fachbehörde seit September 2017 an zwei ihrer Messstationen (Frankfurt-Schwanheim und Raunheim) durchführt¹. Dabei werden als UFP alle Partikel mit einem Durchmesser kleiner

¹ Vgl. Presseinformation HLNUG, Wiesbaden, 6.6.2018, S. 2.

100 Nanometern (nm) bezeichnet – also deutlich kleiner als die bisher an den HLNUG erfassten Feinstäube der Größen PM₁₀ bzw. PM_{2,5}. Weiter wird im Koalitionsvertrag hierzu ausgeführt:

„Allerdings liegen zu den Auswirkungen von Ultrafeinstäuben bislang nur wenige Erkenntnisse vor. Weder auf rechtlicher noch auf Grundlage der medizinischen Wirkungsforschung existiert derzeit ein Bewertungsmaßstab für die Anzahl ultrafeiner Partikel in der Luft. Das erschwert eine eindeutige Beurteilung der Messwerte und zeigt den noch großen Forschungsbedarf auf. Dies gilt für den Straßen- und Luftverkehr wie auch für andere Ultrafeinstaubquellen gleichermaßen“ (S. 160).

Deshalb soll eine umfassende Untersuchung der Ultrafeinstaub-Belastung in der Rhein-Main-Region vorgenommen werden. Mit dieser Aufgabe wurde in der Zwischenzeit das „Forum Flughafen und Region“ (FFR) durch die Hessische Landesregierung in Kooperation mit dem HLNUG beauftragt. Auch die Fluglärmmmission Frankfurt hat sich dieser Entscheidung zugunsten des FFR angeschlossen (vgl. Protokoll 246. Sitzung v. 20.06.2018, S.11).

Der Koordinierungsrat als abschließendes Beschlussorgan des FFR hat im August 2018 die folgende Vorgehensweise bei diesem Thema beschlossen. Zur fachlichen Beratung dieses Beschlusses wurde ein begleitender Arbeitskreis eingerichtet. Bürgermeister Manfred Ockel ist als Mitglied des Koordinierungsrates an diesem „AK UFP“ beteiligt.

1.

Das Öko-Institut als wissenschaftliche Begleitung des FFR wird zu einer Literaturstudie zum aktuellen Stand der Forschung beim Thema Ultrafeinstaub beauftragt. In dieser zu erarbeitenden Übersicht sollen die wichtigsten Erkenntnisse und ggf. verbleibenden Unsicherheiten zusammengefasst werden.

Ein erster Zwischenbericht wurde im Dezember 2018 im AK UFP vorgestellt, um zur Vorbereitung der Expertenanhörung (vgl. 2.) herangezogen zu werden.

2.

Gleichzeitig mit der Literaturstudie soll eine Expertenanhörung vorbereitet werden, bei der die im Rahmen der Studie identifizierten Forschungsbedarfe konkretisiert und diskutiert werden sollen. Diese Anhörung findet am 22./23. August 2019 in Frankfurt statt und wird vom FFR zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft deutscher Fluglärmmmissionen (ADF) ausgerichtet. Sie richtet sich in erster Linie an ein Fachpublikum ist aber auch für die interessierte Öffentlichkeit (begrenzte Teilnehmerzahl) und einen Livestream zugänglich.

Parallel zu den Aktivitäten des FFR führt das HLNUG die genannten Messungen der UFP an den beiden Messtationen fort. In einem Schreiben an das HLNUG vom 13. März 2019 hat die Stadt Kelsterbach die Behörde aufgefordert, eine zusätzliche Messstation für UFP in Kelsterbach zu prüfen und zu errichten. Eine Antwort auf dieses Schreiben befindet sich nach Auskunft des HLNUG in Abstimmung mit dem zuständigen Landesministerium.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen			
Haushaltsjahr			
Kostenstelle			
Sachkonto			
Investitionsnummer			
Bedarf bei außer- oder überplanmäßigen Ausgaben		Betrag Euro	
Deckungsvorschlag	Kosteneinsparung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
	Ertragserhöhung	Betrag Euro	Kostenstelle
			Sachkonto
Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung			
Sonstige Hinweise:			

Stellungnahmen:

Fachbereichsleiter	
Personalrat	
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte	

Bürgermeister Manfred Ockel

Anlage(n):

1. 19_06_04_Drucksache_Antrag_WIK_Schadstoffmessnetzwerk